

Betriebsverfassungsrecht

Stoffels / Lembke

7., umfassend neu bearbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-75308-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Studium und Praxis
Stoffels/Lembke
Betriebsverfassungsrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Betriebsverfassungsrecht

von

Prof. Dr. Markus Stoffels

Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und
Unternehmensrecht an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

und

Prof. Dr. Mark Lembke, LL.M. (Cornell)

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Attorney-at-Law (New York),
Honorarprofessor der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

begründet und bis zur 6. Auflage verfasst

von

Prof. Dr. Gerrick v. Hoyningen-Huene

ehemaliger Ordinarius an der Universität Heidelberg,

7., umfassend neu bearbeitete Auflage, 2020



Zitiervorschlag: *Stoffels/Lembke*, BetrVR, § 1 Rn. 10


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 9783406753084

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Gerrick v. Hoyningen-Huene setzte vor vielen Jahren seine Idee, ein Lehrbuch zur höchst praxisrelevanten Materie des Betriebsverfassungsrechts zu schreiben, in die Tat um. 1983 begründete er das vorliegende Werk und brachte es bis in die 6. Auflage (2007). Als Nachfolger seines arbeitsrechtlichen Lehrstuhls an der Universität Heidelberg (*Stoffels*) bzw. als sein ehemaliger Mitarbeiter und akademischer Schüler (*Lembke*) führen wir dieses Werk gerne fort. Es fügt sich, dass sein Erscheinen mit dem 100jährigen Jubiläum des Betriebsverfassungsrechts zusammenfällt (hierzu jüngst: 100 Jahre Betriebsverfassungsrecht, hrsg. von *Gräfl/Lunk/Oetker/Trebinge*, 2020).

Das vorliegende Lehrbuch erläutert Grundlagen, System und Organisation der Betriebsverfassung sowie die unterschiedlichen Formen und Arten der Mitbestimmung anschaulich und praxisnah. Es vermittelt ein fundiertes Wissen und gibt Antworten auf die betriebsverfassungsrechtlichen Grundfragen, wie etwa:

- Welche betriebsverfassungsrechtlichen Organe gibt es auf welcher Ebene?
- Welche Rechtsstellung, Befugnisse und Zuständigkeiten haben sie?
- Unter welchen Voraussetzungen und wie werden sie errichtet?
- Was ist eine Betriebsvereinbarung? Welche Voraussetzungen und Rechtswirkungen hat sie? Welche Stellung hat sie in der arbeitsrechtlichen Normenhierarchie?
- Wie weit reichen die Beteiligungsrechte des Betriebsrats?

Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf den europäischen Bezügen des Betriebsverfassungsrechts und den aktuellen Veränderungen und Entwicklungen in der Arbeitswelt (Stichworte: Arbeit 4.0, Digitalisierung, Matrixstrukturen, Beschäftigtendatenschutz etc.). Die betriebsverfassungsrechtlichen Implikationen des Betriebsübergangs im Rahmen von Unternehmensübertragungen und Unternehmensrestrukturierungen werden in einem neuen Kapitel (§ 18) dargestellt. Zahlreiche Beispielfälle und Praxishinweise runden das Werk ab.

Das Werk richtet sich an Praktiker, die mit dem Betriebsverfassungsrecht zu tun haben, sei es als Arbeitgeber, Personalverantwortlicher, Führungskraft, Betriebsrat, Rechtsanwalt, Arbeitsrichter oder Verantwortungsträger in Arbeitgeberverband bzw. Gewerkschaft. Darüber hinaus ermöglicht es Studenten und Referendaren, sich die Grundlagen des Betriebsverfassungsrechts zu erarbeiten.

Das Werk wurde umfassend neu bearbeitet und auf den aktuellen Stand gebracht. Die seit Erscheinen der Voraufgabe ergangenen Gesetzesänderungen sowie die neueste Rechtsprechung und Literatur wurden eingearbeitet, soweit sie bis einschließlich Februar 2020 veröffentlicht wurden.

Die Verfasser danken den studentischen Mitarbeitern am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Unternehmensrecht in Heidelberg für vielfältige und unermüdliche Unterstützung, namentlich Frau Lonja Dünschede, Herrn Maximilian König, Herrn Simon Reisinger und Herrn Johannes Schmal.

Anregungen und Kritik sind jederzeit gerne willkommen (per E-Mail unter stoffels@jurs.uni-heidelberg.de oder lembke@greenfort.de).

Heidelberg, im März 2020

Markus Stoffels
Mark Lembke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXI

Einleitung

§ 1. Einführung in das Betriebsverfassungsrecht	1
---	---

1. Teil. Grundlagen der Betriebsverfassung

§ 2. Entwicklung und Einteilung des BetrVG 1972	22
§ 3. Geltungsbereich des BetrVG	42
§ 4. Das System der Betriebsverfassung	78
§ 5. Koalitionen und Betriebsverfassung	116

2. Teil. Organisation der Betriebsverfassung

§ 6. Einrichtungen der Betriebsverfassung	129
§ 7. Wahl des Betriebsrats	166
§ 8. Amtszeit des Betriebsrats	188
§ 9. Rechtsnatur und Haftung des Betriebsrats	192
§ 10. Organisation des Betriebsrats	202
§ 11. Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder	221

3. Teil. Form und Arten der Mitbestimmung

§ 12. Aufgaben und Beteiligungsrechte des Betriebsrats im Überblick	252
§ 13. Die Betriebsvereinbarung	276
§ 14. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	311
§ 15. Mitbestimmung über Arbeitsplätze	369
§ 16. Mitwirkung bei personellen Angelegenheiten	371

VIII

Inhaltsübersicht

§ 17. Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten	426
§ 18. Unternehmensübertragungen und -restrukturierungen	500
Sachverzeichnis	529


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXI

Einleitung

§ 1. Einführung in das Betriebsverfassungsrecht	1
I. Einleitende Gedanken zum Betriebsverfassungsrecht	1
1. Betriebsverfassungsrecht als „kollektives Arbeitsrecht 2.0“	1
2. Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit	2
II. Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Arbeitsleben	3
1. Sinn und Zweck der Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Allgemeinen	3
2. Vor- und Nachteile der Arbeitnehmer-Mitbestimmung	4
III. Die Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Überblick	5
1. Die Ebenen der Mitbestimmung: Betrieb, Unternehmen und Konzern	5
a) Betrieb	5
b) Gemeinschaftsbetrieb	6
c) Unternehmen	9
d) Konzern	10
2. Systematik der Arbeitnehmer-Mitbestimmung	13
a) Dualistisches Modell der betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmung	14
b) Integrationsmodell der Unternehmensmitbestimmung	14
IV. Betriebsverfassungsrecht als Teil des kollektiven Arbeitsrechts	14
1. Systematik des Arbeitsrechts	14
2. Prozessuales: Arbeitsgerichtliches Beschlussverfahren	16
V. Betriebsverfassungsrecht in der arbeitsrechtlichen Normenhierarchie	18
VI. Bedeutung des Betriebsverfassungsrechts in der Praxis	20

1. Teil. Grundlagen der Betriebsverfassung

§ 2. Entwicklung und Einteilung des BetrVG 1972	22
I. Geschichtlicher Überblick	22
1. Entstehung der betrieblichen Mitbestimmung	22
2. Weimarer Republik	23
3. NS-Zeit und Nachkriegszeit	24
4. Betriebsverfassungsgesetz 1952	24
5. Betriebsverfassungsgesetz 1972 und weitere Gesetzgebungsakte	25
a) Betriebsverfassungsgesetz 1972	25
b) Änderungen in der Folgezeit	25
c) Reform 2001	26

II. Bewertung und künftige Herausforderungen	27
III. Die Betriebsverfassung unter dem Einfluss des Europarechts	28
1. Die Schwierigkeiten einer Rechtsangleichung auf dem Gebiet des Betriebsverfassungsrechts	28
2. Die unionsrechtlichen Vorgaben für die Betriebsverfassung im Überblick	30
a) Begriff des „Europäischen Betriebsverfassungsrechts“	30
b) Aufgaben- und Befugnisnormen im Primärrecht	31
c) Grenzüberschreitende Betriebsverfassung in Europa.....	31
d) Unterrichtung, Anhörung und Konsultation der Arbeit- nehmervertretungen	32
e) Allgemeine Kennzeichen dieser Richtlinie	34
3. Ausblick	36
IV. Gliederung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972	36
1. Organisation (§§ 1–73 BetrVG)	36
2. Beteiligungsrechte des Betriebsrats (§§ 74–113 BetrVG)	36
3. Sonstige Regelungen (§§ 114–132 BetrVG)	37
4. Ergänzende gesetzliche Bestimmungen	37
a) Außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes	37
b) Sonstige Institutionen der Betriebsverfassung	39
V. Abschließende Gestaltung der Betriebsverfassung?	39
1. Organisationsrecht	40
2. Einschränkung von Mitbestimmungsrechten	40
3. Erweiterung von Mitbestimmungsrechten	40
4. Erweiterung der Beteiligungsrechte durch Arbeitsvertrag	41
§ 3. Geltungsbereich des BetrVG	42
I. Räumlicher Geltungsbereich	42
II. Sachlicher Geltungsbereich	45
1. Betrieb	45
a) Begriff	45
b) Gemeinschaftsbetrieb	45
c) Betrieb kraft Fiktion	46
d) Betriebsinhaber	46
e) Identität des Betriebs	47
f) Arbeitsgerichtliche Klärung des Vorliegens einer betriebs- ratsfähigen Organisationseinheit (§ 18 II BetrVG)	48
2. Betriebsteile und Kleinstbetriebe (§ 4 BetrVG)	48
a) Betriebsteil (§ 4 I BetrVG)	49
b) Kleinstbetrieb (§ 4 II BetrVG)	49
c) Beschlussverfahren nach § 18 II BetrVG	50
3. Unternehmen	50
4. Konzern	51
5. Abweichende Regelungen (§ 3 BetrVG).....	52
a) Übersicht	53
b) Vorrang tarifvertraglicher Vereinbarungslösungen (§ 3 II BetrVG)	54
c) Unternehmenseinheitlicher Betriebsrat (§ 3 I Nr. 1 lit. a, III BetrVG)	55
d) Zusammenfassung von Betrieben (§ 3 I Nr. 1 lit. b BetrVG)	56

e) Spartenbetriebsrat (§ 3 I Nr. 2 BetrVG).....	57
f) Andere Arbeitnehmervertretungsstrukturen (§ 3 I Nr. 3 BetrVG).....	57
6. Sonderregelungen für Seeschifffahrt und Luftfahrt (§§ 114–117 BetrVG)	58
a) Seeschifffahrtsunternehmen	58
b) Luftfahrtunternehmen (§ 117 BetrVG)	59
7. Ausnahmen für Tendenzbetriebe, Religionsgemeinschaften und öffentlichen Dienst (§§ 118, 130 BetrVG)	61
a) Tendenzbetriebe (§ 118 I BetrVG)	61
b) Religionsgemeinschaften (§ 118 II BetrVG)	64
c) Öffentlicher Dienst (§ 130 BetrVG)	65
III. Persönlicher Geltungsbereich	66
1. Arbeitgeber und seine Vertreter	66
2. Arbeitnehmer (§ 5 I BetrVG)	68
a) Arbeitnehmerbegriff	68
b) Betriebszugehörigkeit	68
c) Auszubildende	69
d) Außendienstmitarbeiter, Telearbeitnehmer, in Heimarbeit Beschäftigte	70
e) Gestellte Beamte, Soldaten oder Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes (§ 5 I 3 BetrVG)	70
f) Leiharbeitnehmer	70
g) DRK-Schwestern und arbeitnehmergleiche Vereinsmitglieder	73
3. Einschränkung des Arbeitnehmerbegriffs (§ 5 II BetrVG)	73
4. Leitende Angestellte (§ 5 III BetrVG)	74
a) Voraussetzungen nach § 5 III 2 BetrVG	75
b) Streitigkeiten über den Status	78
§ 4. Das System der Betriebsverfassung	78
I. Gibt es Leitprinzipien des BetrVG?	78
II. Die betriebsverfassungsrechtlichen Rechtsverhältnisse	79
1. Arbeitgeber – Betriebsrat (Betriebsverhältnis)	79
a) Betriebsverhältnis als betriebliches Kooperationsverhältnis	79
b) Definition des Betriebsverhältnisses	80
c) Betriebsverfassungsrechtliches Dauerrechtsverhältnis	82
d) Gemeinsame Gestaltungsfunktion	82
e) Vorrang von Verhandlungen	83
f) Anrufung außenstehender Stellen	83
2. Betriebsrat – Arbeitnehmer	85
a) Punktueller gesetzliche Regelungen	85
b) Wahrnehmung von Belegschaftsinteressen	85
c) Keine Ansprüche der Arbeitnehmer gegenüber dem Betriebsrat	86
d) Unentgeltliche Geschäftsbesorgung in fremdem Interesse?	87
3. Arbeitgeber – Arbeitnehmer (Arbeitsverhältnis)	87
4. Exkurs: Individualrechte der Arbeitnehmer	89
a) Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers (§ 81 BetrVG)	89
b) Anhörungs- und Erörterungsrecht (§ 82 BetrVG)	90

c) Beschwerderechte (§§ 84–86 BetrVG)	92
d) Einsicht in die Personalakten (§ 83 BetrVG)	94
e) Vorschlagsrecht der Arbeitnehmer gegenüber dem Betriebsrat (§ 86a BetrVG)	95
5. Arbeitnehmer – Arbeitnehmer	96
6. Rechtsbeziehungen und Koalitionen	96
a) Betriebsrat und Gewerkschaft	96
b) Arbeitgeber und Arbeitgeberverband	96
c) Arbeitgeberverband und Gewerkschaft	97
III. Die gemeinsamen Aufgaben der Betriebspartner	97
1. Übersicht	97
2. Vertrauensvolle Zusammenarbeit (§§ 2 I, 74 I BetrVG)	98
a) Kooperationsgebot	98
b) Ziel der Zusammenarbeit	99
c) Konkretisierung in § 74 BetrVG	99
d) Beispiel	100
3. Friedenspflicht (§ 74 II 1 und 2 BetrVG)	100
4. Verbot der parteipolitischen Betätigung (§ 74 II 3 BetrVG)	102
5. Grundsätze für die Behandlung von Betriebsangehörigen (§ 75 BetrVG)	104
a) Grundsätze von Recht und Billigkeit	104
b) Insbesondere: Der betriebsverfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz	104
c) Diskriminierungsverbote	105
d) Freie Entfaltung der Persönlichkeit (§ 75 II BetrVG)	106
e) Rechtsfolgen	106
IV. Rechtsdurchsetzung und Sanktionen	107
1. Überblick	107
2. Streit über Beteiligungsrechte	107
a) Gerichtliche Klärung	107
b) Anrufung der Einigungsstelle	108
3. Sanktionen gegen den Betriebsrat	109
a) Erfüllungsansprüche	109
b) Amtsenthebungsverfahren (§ 23 I 1 BetrVG)	109
c) Unterlassungsanspruch gegen den Betriebsrat?	110
d) Schadensersatzansprüche	112
e) Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten	112
4. Sanktionen gegen den Arbeitgeber	113
a) Leistungsansprüche	113
b) Besondere Unterlassungsansprüche	113
c) Verfahren nach § 23 III BetrVG	113
d) Allgemeiner Unterlassungsanspruch	115
e) Einstweilige Verfügung	115
f) Bußgeld und Strafe	116
§ 5. Koalitionen und Betriebsverfassung	116
I. Systemüberblick	116
1. Grundsatz der Trennung	116
2. Unterschiedliche Aufgaben	117
3. Möglichkeiten der Einflussnahme	118

II. Kooperationsgebot mit den Koalitionen (§ 2 I BetrVG)	118
III. Zugangsrechte der Gewerkschaften	119
1. Betriebsverfassungsrechtlich (§ 2 II BetrVG)	119
2. Koalitionsrechtlich (Art. 9 III GG)	120
3. Praxishinweis	122
IV. Koalitionsaufgaben (§§ 2 III, 74 III BetrVG)	122
1. Allgemeines	122
2. Gewerkschaftliche Information und Werbung im Betrieb	123
3. Gewerkschaftliche Vertrauensleute	124
V. Gesetzlich geregelte Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften	125
1. Antragsrechte zu Betriebsratswahlen	125
2. Sonstige Mitwirkungsrechte im Betrieb	126
a) Antragsrechte	126
b) Teilnahmerechte	128
c) Beratungsfunktion	128
d) Koalitionen im arbeitsgerichtlichen Verfahren	128

2. Teil. Organisation der Betriebsverfassung

§ 6. Einrichtungen der Betriebsverfassung	129
I. Betriebsrat	129
1. Errichtung	129
a) Kein Einrichtungszwang	129
b) Betriebsratslose Betriebe	130
2. Zuständigkeit	131
II. Gesamtbetriebsrat (§§ 47ff. BetrVG)	133
1. Errichtung (§ 47 BetrVG)	133
2. Zuständigkeit (§ 50 BetrVG)	135
a) Originärer Zuständigkeitsbereich	135
b) Zuständigkeit qua Beauftragung	137
c) Ausdrückliche gesetzliche Zuständigkeitszuweisungen	138
3. Betriebsräteversammlung (§ 53 BetrVG)	138
III. Konzernbetriebsrat (§§ 54ff. BetrVG)	139
IV. Jugend- und Auszubildendenvertretung	141
1. Im Betrieb (§§ 60ff. BetrVG)	141
2. Im Unternehmen (§§ 72ff. BetrVG)	142
3. Auf Konzernebene (§§ 73af. BetrVG)	142
V. Schwerbehindertenvertretung (§§ 177ff. SGB IX)	142
VI. Betriebsversammlung (§§ 42–46 BetrVG)	144
1. Übersicht und Arten	144
2. Einberufung	146
3. Zeitpunkt und Entgeltregelung	147
4. Aufgaben und Themen	149
VII. Wirtschaftsausschuss (§§ 106–109 BetrVG)	150
VIII. Einigungsstelle (§ 76 BetrVG)	150
1. Funktion	150
a) Innerbetriebliche Schlichtung	150
b) Grundsatz: bedarfsabhängige Einrichtung	151
2. Zusammensetzung	152
3. Rechtsstellung der Mitglieder	152

4. Verfahren	153
5. Kosten	154
6. Entscheidungen und gerichtliche Überprüfung	155
a) Verbindliches Einigungsverfahren	155
b) Ermessen bei Regelungsstreitigkeiten	156
c) Freiwilliges Einigungsverfahren	158
IX. Sprecherausschuss der leitenden Angestellten	158
X. Der Europäische Betriebsrat	161
1. Grundlagen	161
2. Räumlicher und persönlicher Geltungsbereich (§§ 2, 3 EBRG)	162
3. Konzeption und Systematik der Arbeitnehmervertretungen	162
4. Auskunftsanspruch	163
5. Vereinbarungen über grenzüberschreitende Unterrichtung und Anhörung	164
6. Gesetzlicher Europäischer Betriebsrat	164
7. Unterrichtung und Anhörung	165
8. Wesentliche Strukturveränderungen	166
§ 7. Wahl des Betriebsrats	166
I. Überblick und Grundsätze	166
1. Betriebsratsfähiger Betrieb	166
2. Größe und Zusammensetzung des Betriebs	167
3. Wahlgrundsätze	169
a) Demokratieprinzip	169
b) Geheime und unmittlere Wahl	169
c) Öffentlichkeit der Stimmenausszählung	169
d) Besonderer Schutz der Wahl und der Wahlbeteiligten	170
e) Rechtssicherheit	170
4. Wahlkosten	170
5. Art des Wahlverfahrens	171
a) Vereinfachtes Wahlverfahren in Kleinbetrieben	171
b) Allgemeines Wahlverfahren	172
II. Zeitpunkt der Betriebsratswahlen	172
1. Regelmäßige Betriebsratswahlen	172
2. Außerordentliche Betriebsratswahlen	173
III. Wahlrecht	173
1. Aktives Wahlrecht (§ 7 BetrVG)	173
2. Passives Wahlrecht (§ 8 BetrVG)	174
IV. Allgemeines Wahlverfahren	175
1. Übersicht	175
2. Wahlvorstand (§§ 16 bis 18 BetrVG)	178
a) Bestellung des Wahlvorstands	178
b) Größe und Zusammensetzung des Wahlvorstands	179
c) Beginn und Ende der Amtszeit des Wahlvorstands	179
d) Rechtsstellung der Wahlvorstandsmitglieder	180
3. Wahlverfahren (§§ 14, 18, 126 BetrVG, WO)	181
4. Wahlvorschläge (§ 14 III–V BetrVG)	182
V. Mängel der Betriebsratswahl	183
1. Anfechtung (§ 19 BetrVG)	183
a) Anfechtungsfrist (§ 19 II 2 BetrVG)	184

b) Anfechtungsberechtigung (§ 19 II 1 BetrVG)	184
c) Umfang der Anfechtung	184
d) Begründetheit der Anfechtung (§ 19 I BetrVG)	185
2. Nichtigkeit	187
3. Streitigkeiten während des Wahlverfahrens	187
§ 8. Amtszeit des Betriebsrats	188
I. Beginn und Ende der Amtszeit des Betriebsrats	188
II. Erlöschen der Mitgliedschaft im Betriebsrat	190
III. Ersatzmitglieder	190
§ 9. Rechtsnatur und Haftung des Betriebsrats	192
I. Verhältnis zur Belegschaft	192
1. Repräsentation der Belegschaft	192
2. Interessenwahrnehmung im eigenen Namen	193
II. Rechtsstellung des Betriebsrats	194
1. Partielle Vermögens- und Rechtsfähigkeit	194
a) Keine juristische Person	194
b) Innenverhältnis gegenüber dem Arbeitnehmer	195
c) Außenverhältnis	197
2. Rechtsstellung im gerichtlichen Verfahren	198
III. Haftung	199
1. Haftung des Betriebsrats	199
2. Haftung der Betriebsmitglieder	200
§ 10. Organisation des Betriebsrats	202
I. Vorsitzender und Stellvertreter	202
1. Wahl und Abberufung	202
2. Vertretung durch den Vorsitzenden	202
3. Entgegennahme von Erklärungen	203
4. Weitere Aufgaben des Vorsitzenden	203
5. Stellvertreter	203
II. Betriebliche Ausschüsse und Arbeitsgruppen	204
1. Betriebsausschuss	204
2. Weitere Ausschüsse	206
3. Arbeitsgruppen	207
III. Geschäftsordnung (§ 36 BetrVG)	208
IV. Sitzungen und Beschlüsse (§§ 29–35 BetrVG)	208
1. Einberufung der Sitzungen	208
2. Sitzungen und Teilnahme	209
3. Beschlüsse	211
a) Beschlussfassung	211
b) Aussetzung	212
c) Fehlerhafte Beschlüsse	212
d) Aufhebung und Änderung von Beschlüssen	213
e) Streitigkeiten	213
V. Sprechstunden (§ 39 BetrVG)	214
VI. Kosten (§§ 40, 41 BetrVG)	215
VII. Betriebsrat und Datenschutzrecht	220

§ 11. Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder	221
I. Ehrenamtliche Tätigkeit (§ 37 I BetrVG)	221
II. Unentgeltliches Ehrenamt (§ 37 I BetrVG)	222
III. Arbeitsbefreiung und Freizeitausgleich (§ 37 II und III BetrVG) ..	224
1. Arbeitsbefreiung	224
2. Freizeitausgleich	225
IV. Freistellung (§ 38 BetrVG)	227
1. Umfang der Freistellung	227
2. Bestimmungsrecht des Betriebsrats	228
3. Rechtsstellung des freigestellten Betriebsratsmitglieds	229
V. Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	230
1. Übersicht	230
2. „Erforderliche“ Veranstaltungen nach § 37 VI BetrVG	231
a) Anspruchsberechtigung	231
b) Erforderlichkeit	231
c) Zeitliche Lage und Dauer	232
d) Rechtsfolge	233
3. „Geeignete“ Veranstaltungen nach § 37 VII BetrVG	234
VI. Schutzbestimmungen	236
1. Allgemeiner Schutz (§ 78 BetrVG)	236
2. Entgelt- und Tätigkeitsschutz (§§ 37 IV und V, 38 III und IV BetrVG)	238
VII. Bestandsschutz und Versetzungsschutz	240
1. Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder (§ 15 KSchG und § 103 BetrVG)	240
a) Unzulässigkeit der ordentlichen Kündigung	240
b) Ausnahme: Stilllegung	242
c) Außerordentliche Kündigung	243
d) Zustimmung des Betriebsrats und Ersetzung	244
2. Versetzungsschutz der Betriebsratsmitglieder (§ 103 BetrVG)	246
3. Weiterbeschäftigung Auszubildender (§ 78a BetrVG)	247
VIII. Geheimhaltungspflichten (§ 79 BetrVG)	249

3. Teil. Form und Arten der Mitbestimmung

§ 12. Aufgaben und Beteiligungsrechte des Betriebsrats im Überblick	252
I. Aufgaben des Betriebsrats (§ 80 I BetrVG)	252
1. Überblick	252
2. Der Aufgabenkatalog des § 80 I BetrVG	253
a) Allgemeine Überwachungsaufgabe	253
b) Anstoßfunktion	254
c) Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit	255
d) Behandlung von Anregungen	255
e) Förderpflichten	256
3. Informationspflichten des Arbeitgebers (§ 80 II BetrVG)	256
a) Auskunfts- und Informationsanspruch des Betriebsrats	256
b) Vorlage von Unterlagen	259
c) Einsicht in Gehaltslisten	260

d) Sachkundige Arbeitnehmer als Auskunftspersonen	261
4. Aufgaben und Informationsrechte des Betriebsrats nach dem EntgelttransparenzG	262
5. Hinzuziehung von Sachverständigen (§ 80 III BetrVG)	263
II. Grundstrukturen der Beteiligungsrechte	264
1. Überblick	264
2. Die einzelnen Arten der Beteiligungsrechte	265
a) Unterrichts- und Informationspflichten	265
b) Anhörungsrechte	265
c) Beratungsrechte	266
d) Widerspruchs- und Vetorechte	266
e) Zustimmungsrechte	266
f) Mitbestimmungsrechte im engeren Sinne	267
3. Initiativrechte	267
4. Keine Exekutivrechte	269
5. Durchsetzung	269
6. Die Beteiligungsrechte im Arbeitskampf	271
III. Instrumente der gemeinsamen Entscheidungstätigkeit	273
1. Betriebsvereinbarungen	274
2. Regelungsabrede	274
3. Spruch der Einigungsstelle	275
§ 13. Die Betriebsvereinbarung	276
I. Begriff und Rechtscharakter der Betriebsvereinbarung	276
II. Zustandekommen, Wirksamkeitsmängel und Auslegung einer Be- triebsvereinbarung	277
1. Zustandekommen	277
2. Mängel der Betriebsvereinbarung	278
3. Auslegung von Betriebsvereinbarungen	280
III. Wirkungen der Betriebsvereinbarung	281
1. Schuldrechtliche Wirkung	281
2. Unmittelbare und zwingende (normative) Wirkung	282
a) Unmittelbare Wirkung	282
b) Zwingende Wirkung	282
c) Verzicht, Verwirkung und Ausschlussfristen	282
d) Günstigkeitsprinzip	283
IV. Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung	284
1. Räumlicher Geltungsbereich	284
2. Persönlicher Geltungsbereich	284
3. Zeitlicher Geltungsbereich	285
V. Inhalt des normativen Teils einer Betriebsvereinbarung	286
1. Umfang der Regelungsbefugnis der Betriebsparteien	286
2. Einteilung nach Normarten	287
VI. Beendigung und Nachwirkung	288
1. Beendigung von Betriebsvereinbarungen (§ 77 V BetrVG)	288
a) Zeitablauf, Stilllegung, Wegfall der Geschäftsgrundlage, Fortfall des Betriebsrats	288
b) Aufhebungsvertrag, ablösende Betriebsvereinbarung	288
c) Kündigung	288

2. Nachwirkung von Betriebsvereinbarungen (§ 77 VI BetrVG)	290
a) Begriff der Nachwirkung	290
b) Erzwingbare Mitbestimmung	290
c) Andere Abmachung	290
d) Freiwillige Betriebsvereinbarungen	291
e) Teilmitbestimmte Betriebsvereinbarungen	291
VII. Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag (§ 77 III BetrVG)	293
1. Tarifvorrang des § 77 III BetrVG und Normzweck	293
a) Sicherung der ausgeübten und aktualisierten Tarifautonomie	293
b) Rechtspolitische Diskussion	294
2. Gegenstand der Regelungssperre	294
a) Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen	294
b) Materielle und formelle Arbeitsbedingungen	294
c) Mitbestimmungspflichtige Angelegenheiten	295
d) Betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Normen	295
3. Voraussetzungen und Reichweite der Regelungssperre	295
a) Tarifvertragliche Regelung	295
b) Tarifüblichkeit	296
c) Reichweite der Sperrwirkung	297
4. Ausnahmen von der Regelungssperre	297
5. Rechtsfolgen der Sperrwirkung	298
VIII. Betriebsvereinbarung und Arbeitsvertrag	299
1. Grundsatz: individueller Günstigkeitsvergleich	299
2. Ablösung betrieblicher Einheitsregelungen über betriebliche Sozialleistungen	300
3. Betriebsvereinbarungsoffene Vertragsgestaltung	301
IX. Verhältnis von Betriebsvereinbarungen zueinander	304
X. Grenzen der Betriebsautonomie	305
1. Übersicht	305
2. Höherrangiges Recht	305
a) EU-Recht	305
b) Verfassungsrecht (Grundrechte, Rückwirkungsverbot)	305
c) Einfaches Gesetzesrecht	306
3. Kollektivfreier Individualbereich	307
4. Inhaltskontrolle	309
XI. Schicksal von Betriebsvereinbarungen bei Betriebsübergang	311
§ 14. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	311
I. Mitbestimmungsrechte	311
1. Überblick	311
a) § 87 BetrVG als Zentralvorschrift	311
b) Mitbestimmung bei formellen und materiellen Arbeitsbe- dingungen	312
c) Kollektiver Tatbestand	312
2. Vorrang normativer Regelungen	314
a) Vorrang gesetzlicher Regelungen	314
b) Vorrang tariflicher Regelungen	315
c) Verhältnis von § 87 I Eingangssatz BetrVG zu § 77 III BetrVG	317
3. Ausübung der Mitbestimmung	319

a) Allgemeines	319
b) Initiativrecht	320
c) Eil- und Notfälle	321
d) Form der Mitbestimmung	322
e) Zwingender und abschließender Charakter des § 87 BetrVG	323
f) Inhalt der mitbestimmten Regelung	323
4. Erzwingbarkeit (§ 87 II BetrVG)	324
5. Rechtsfolgen mangelnder Beteiligung	324
a) Folgen im Verhältnis zum Betriebsrat	324
b) Individualrechtliche Folgen einer Nichtbeteiligung des Betriebsrats	327
c) Rechtsgeschäfte mit Dritten	330
II. Soziale Angelegenheiten (§ 87 I Nr. 1–13 BetrVG)	330
1. Fragen der Ordnung des Betriebs	330
a) Mitbestimmungspflichtige Maßnahmen zum Ordnungsverhalten	331
b) Betriebsbußen als „Betriebsstrafrecht“	333
c) Mitbestimmungsfreie Maßnahmen	334
2. Lage der Arbeitszeit	335
3. Dauer der Arbeitszeit	337
a) Zweck des Mitbestimmungsrechts	337
b) Kollektiver Tatbestand	338
c) Vorübergehende Veränderung der betriebsüblichen Arbeitszeit	339
d) Verkürzung	339
e) Verlängerung	339
f) Arbeitskampfbedingte Veränderungen der betriebsüblichen Arbeitszeit	340
4. Auszahlung der Arbeitsentgelte	341
5. Urlaubsfragen	341
6. Technische Überwachungseinrichtungen	343
a) Schutzzweck und Funktion	343
b) Zur Überwachung bestimmte technische Einrichtungen	344
7. Ergänzende Arbeitsschutzregelungen	346
8. Sozialeinrichtungen	348
a) Begriff der Sozialeinrichtung	348
b) Mitbestimmungspflichtige Maßnahmen	349
c) Ausübungen des Mitbestimmungsrechts	350
9. Werkwohnräume	351
10. Betriebliche Lohngestaltung	352
a) Überblick	353
b) Gesetzes- und Tarifvorbehalt	354
c) Fragen der betrieblichen Lohngestaltung	356
d) Rechtsfolgen von Gesetzesverstößen	360
11. Akkord- und Prämiensätze	362
12. Betriebliches Vorschlagswesen	364
13. Gruppenarbeit	365
III. Freiwillige Betriebsvereinbarungen (§ 88 BetrVG)	365
IV. Arbeits- und betrieblicher Umweltschutz (§ 89 BetrVG)	367

§ 15. Mitbestimmung über Arbeitsplätze	369
I. Überblick	369
II. Mitwirkung des Betriebsrats	369
1. Planung der Arbeitsplätze (§ 90 BetrVG)	369
2. Änderung der Arbeitsplätze (§ 91 BetrVG)	370
§ 16. Mitwirkung bei personellen Angelegenheiten	371
I. Allgemeine personelle Angelegenheiten	371
1. Personalplanung und Beschäftigungssicherung (§§ 92, 92a BetrVG)	371
a) Personalplanung	371
b) Sicherung und Förderung der Beschäftigung	373
2. Stellenausschreibung (§ 93 BetrVG)	374
3. Personalfragebogen, Beurteilungsgrundsätze und Formulararbeitsverträge (§ 94 BetrVG)	376
4. Auswahlrichtlinien (§ 95 BetrVG)	377
II. Berufsbildung (§§ 96–98 BetrVG)	380
1. Begriff der Berufsbildung	380
2. Förderung der Berufsbildung	380
3. Einrichtungen und Maßnahmen der Berufsbildung	381
4. Mitbestimmung bei der Qualifizierung	381
5. Durchführung betrieblicher Bildungsmaßnahmen	382
III. Personelle Einzelmaßnahmen (§§ 99–101 BetrVG)	383
1. Überblick und Voraussetzungen	383
a) Einordnung und Schutzzweck der Norm	383
b) Erweiterung der Mitbestimmungsrechte	383
c) Anwendungsbereich	384
d) Arbeitskampf	384
2. Arten der personellen Einzelmaßnahmen	385
a) Einstellung	385
b) Versetzung	389
c) Eingruppierung und Umgruppierung	392
3. Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	393
4. Zustimmung und Zustimmungsverweigerung des Betriebsrats	396
a) Zustimmung	396
b) Verstreichenlassen der Wochenfrist	397
c) Verweigerung der Zustimmung	397
5. Gründe der Zustimmungsverweigerung (§ 99 II BetrVG)	397
6. Rechtsfolgen der Zustimmungsverweigerung (§ 99 IV BetrVG)	401
7. Vorläufige personelle Maßnahmen (§ 100 BetrVG)	402
8. Rechtsfolgen betriebsverfassungswidriger Maßnahmen	404
a) Mitbestimmungssicherungsverfahren	404
b) Die individualrechtliche Stellung des betroffenen Arbeitnehmers	405
IV. Kündigung von Arbeitnehmern (§ 102 BetrVG)	407
1. Überblick (§§ 102–105 BetrVG)	408
2. Unterrichtung und Anhörung des Betriebsrats vor jeder geplanten Kündigung (§ 102 I BetrVG)	409
a) Anwendungsbereich	410
b) Zuständiger Betriebsrat	414

c) Form und Zeitpunkt der Unterrichtung	415
d) Inhalt der Unterrichtung	417
3. Reaktionsmöglichkeiten des Betriebsrats (vgl. § 102 II, III BetrVG)	418
4. Besonderer Weiterbeschäftigungsanspruch des Arbeitnehmers (§ 102 V BetrVG)	420
a) Voraussetzungen des Weiterbeschäftigungsanspruchs (§ 102 V 1 BetrVG)	421
b) Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht (§ 102 V 2 BetrVG)	422
5. Vereinbarung über ein Zustimmungserfordernis des Betriebsrats für die Kündigung (§ 102 VI BetrVG)	423
V. Entfernung betriebsstörender Arbeitnehmer (§ 104 BetrVG)	424
§ 17. Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten	426
I. Allgemeines	426
1. Übersicht	426
2. Sonstige betriebsverfassungsrechtliche Regelungen bezüglich wirtschaftlicher Angelegenheiten	429
II. Mitbestimmungsrechte des Wirtschaftsausschusses (§§ 106 ff. BetrVG)	430
1. Wirtschaftsausschuss	430
2. Wirtschaftliche Angelegenheiten (§ 106 III BetrVG)	431
3. Unterrichts- und Beratungspflicht des Arbeitgebers	432
a) Unterrichtungspflicht	432
b) Beratungspflicht	434
4. Verletzung des Mitbestimmungsrechts und Streitigkeiten	434
III. Unterrichtung der Arbeitnehmer über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung (§ 110 BetrVG)	435
IV. Mitbestimmungsrechte im Falle einer Betriebsänderung (§§ 111 ff. BetrVG)	435
1. Überblick	435
a) Pflichtenprogramm des Arbeitgebers	435
b) Zuständiger Betriebsrat	437
c) Berater des Betriebsrats	439
d) Parallele Verhandlungen mit der Gewerkschaft über Tarifsozialplan	440
2. Voraussetzungen der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Betriebsänderung	441
a) Überschreitung des Schwellenwerts im Unternehmen	441
b) Planung einer Betriebsänderung	443
c) Wesentliche Nachteile für erhebliche Teile der Belegschaft	451
d) Bestehen eines Betriebsrats im Zeitpunkt der Planungsentscheidung	451
3. Unterrichtung und Beratung	452
4. Interessenausgleich	452
a) Zweck und Inhalt	452
b) Rechtsnatur	454
c) Form	454
d) Verhandlungen über den Interessenausgleich	454

e) Rechtsfolgen bei Verletzung der Mitbestimmungsrechte	455
5. Sozialplan	460
a) Begriff und Zweck	460
b) Rechtsnatur	460
c) Grundsätzliche Erzwingbarkeit des Sozialplans	461
d) Schriftform	464
e) Regelungsgrenzen und Inhalt des Sozialplans	464
f) Sozialplan in der Insolvenz	474
g) Vorsorglicher Sozialplan und Rahmensozialplan	475
6. Tarifsozialplan	477
a) Begriff des Tarifsozialplans	477
b) Durchsetzbarkeit des Tarifsozialplans mit Arbeitskämpfungsmitteln	478
V. Konsultationsverfahren bei Massenentlassungen i. S. d. § 17 I KSchG	479
1. Überblick	479
a) Europarechtliche Rahmenbedingungen	480
b) Gesetzeszwecke	480
c) Pflichtenprogramm des Arbeitgebers	481
d) Sperrfrist und Freifrist (§ 18 KSchG)	482
2. Massenentlassungen über dem Schwellenwert des § 17 I KSchG	483
a) Schwellenwert und relevante Parameter	483
b) Betrieb	484
c) Arbeitnehmer	486
d) Entlassungen	490
3. Konsultationsverfahren (§ 17 II KSchG)	492
a) Zweck des Konsultationsverfahrens	493
b) Zuständiger Betriebsrat	494
c) Form und Inhalt der Pflichten des Arbeitgebers	494
d) Rechtsfolgen von Verletzungen der Unterrichts- und Konsultationspflicht	496
4. Erstattung der Massenentlassungsanzeige	497
a) Zuständige Agentur für Arbeit	497
b) Schriftform	497
c) Inhalt der Anzeige	497
d) Stellungnahme des Betriebsrats	498
e) Rechtsfolgen bei Verletzungen der Anzeigepflicht	499
§ 18. Unternehmensübertragung und -restrukturierungen	500
I. Überblick	500
1. Unternehmensübertragung	500
2. Restrukturierung von Unternehmen bzw. Betrieben	501
3. Betriebsverfassungsrechtliche Fragen	502
a) Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsrechte hinsichtlich der geplanten Maßnahmen	502
b) Zentrale Frage für die betriebsverfassungsrechtlichen Folgen: Wahrung der Identität des Betriebs?	502
c) Restmandat (§ 21b BetrVG)	506
d) Übergangsmandat (§ 21a BetrVG)	507
II. Share Deal	508
1. Anteilsübertragung	508

2. Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsrechte	509
3. Folgen für betriebsverfassungsrechtliche Organe	510
4. Folgen für Betriebsvereinbarungen	510
III. Asset Deal	511
1. Einzelrechtsnachfolge und Betriebs(teil)übergangs	511
a) Begriff des Asset Deals	511
b) Betriebs(teil)übergang nach § 613a BGB im Überblick	512
2. Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsrechte	515
3. Folgen für betriebsverfassungsrechtliche Organe	516
4. Folgen für Betriebsvereinbarungen	518
IV. Umwandlungen	520
1. Verschmelzung	520
a) Übersicht	520
b) Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsrechte	522
c) Folgen für betriebsverfassungsrechtliche Organe	522
d) Folgen für Betriebsvereinbarungen	523
2. Spaltung	523
a) Übersicht	523
b) Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsrechte	525
c) Folgen für betriebsverfassungsrechtliche Organe	525
d) Folgen für Betriebsvereinbarungen	526
V. Anwachsung	526
1. Übersicht	526
2. Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsrechte	527
3. Folgen für betriebsverfassungsrechtliche Organe und Be- triebsvereinbarungen	527
Sachverzeichnis	529

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG